

Stimmung steht auf Sturm

Widerstand gegen Haferblöcken-Siedlung nimmt bei Anwohnern zu



Die rund 100 Demonstranten machten ihren Unmut mit Plakaten deutlich
Fotos: Timm

Von Frank Berno Timm

BILLSTEDT Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Bürgerinitiative „natürlich mittendrin“ haben auf dem Gelände östlich der Haferblöcken protestiert. Rund 100 Teilnehmer waren dabei – die symbolische Besetzung des Platzes war zuvor genehmigt worden. Wie berichtet, sollen auf dem Gelände Flüchtlings- und reguläre Wohnungen entstehen.

BUND-Geschäftsführer Manfred Braasch, den ein paar Mitarbeiter begleiten, kommt mit dem Linienbus. „Heute Morgen wurden extra noch Verbotsschilder aufgestellt“, sagt er. Doch an der Baustelle für das Wohnprojekt östlich Haferblöcken sind am vergangenen Freitagmittag keine Arbeiter mehr: Dafür sind viele Menschen unterwegs – nicht nur aus Billstedt, vor allem aus der benachbarten Siedlung kommen viele Frau-

en, Männer und Kinder, um sich an der Protestaktion gegen die Baustelle zu beteiligen. Viele Demonstranten sparen nicht mit Kritik: „Ich setz mich dafür ein, dass die Öjendorfer Geest erhalten bleibt“, sagt Christiane Störig. Natur



sei doch so wichtig und es sei ja bekannt, „dass die Leute in Billstedt zehn Jahre früher sterben.“ Auch Margret Gellert und Gerda Buhmann, zwei ältere Damen, sind mit Plakaten gekommen. Sie gingen hier viel spazieren und möchten, dass das auch weiter so bleiben könne, sagen sie. Im Sommer werde der Öjendorfer Park von vielen Migranten zum Feiern genutzt, da sei der Park sehr voll, das ist „unser Naherholungsgebiet“. Der Billstedter Dieter Rönfeldt meint, die neue Baufläche sei Ausgleichsfläche für die Neubausiedlung Haferblöcken West gewesen. Christian Münster, einer der Vorsitzenden der Bürgerinitiative, spricht davon, dass Widerspruch gegen die Baugenehmigung eingereicht sei und ein Rechtsanwalt Akteneinsicht habe. Braasch wendet sich in einem kurzen Votum an die

BUND-Geschäftsführer Manfred Braasch hält es für rechtswidrig, dass östlich der Haferblöcken Fakten geschaffen wurden

Demonstranten und betont, es fände nicht die Zustimmung des BUND, dass hier Fakten geschaffen seien. Die Genehmigung sei rechtswidrig, weil Auflagen nicht erfüllt seien, hier gehe es um ein „Sinnbild verfehlter Stadtteilentwicklungspolitik“. Münster fügt hinzu: „Wir wollen, dass es grün bleibt!“ Braasch hat nach eigenen Angaben allen Fraktionschefs in der Bezirksversammlung geschrieben und Beschwerde gegen die Baugenehmigung eingelegt. Das Klagerecht für den BUND sei nicht allumfassend, „wir werden unsere Rechtsmittel ausschöpfen“. Gegenüber dem Wochenblatt sagt Braasch ergänzend, die Entfernung der Knicks müsse rückgängig gemacht werden. Münster ergänzt, „östlich Haferblöcken“ sei „kein Integrationsprojekt“, die Unterbringung von Flüchtlingen nur ein „vorgeschobenes Thema“. Es gebe westlich der Haferblöcken noch freie Flächen, die man bebauen könne, entsprechende Initiativen sind nach seinen Angaben ergebnislos geblieben.

Weiter auf **SEITE 3**

GI
Bc
Bt
Gl
ch
se
au
st
Sc
vo
au
Pc
Si
De
ke
ne
zu
ni
tre
m:
da
Hi
rie

Frust über „Grünfraß“

Widerspruch gegen Baugenehmigung liegt vor



Margret Gellert und Gerda Buhmann wollen die Natur erhalten sehen
Foto: fbt

zusammenpacken – länger gilt die Genehmigung für die Aktion nicht. Sorina Weiland, Sprecherin des Bezirksamts Mitte, erklärt auf Anfrage, ein Widerspruch gegen die Baugenehmigung sei am 7. März eingegangen. (fbt)

FORTSETZUNG VON SEITE 1
Demonstrantin Brigitte Westermeier hat ein Schild mit einem großen „Stopp“ mitgebracht. Sie beklagt regelrechten „Grünfraß“ in Hamburg, um den Öjendorfer See werde das Grün immer schmaler und es könne nicht sein, dass man unter Grün offenbar nur Rasen verstehe.

Früher, sagt Westermeier, habe es allein sieben verschiedene Arten von Grashüpfern gegeben, heute gebe es keine Spatzen mehr, auch die Zahl

der Meisen ginge zurück. Am Rande beobachten die Abgeordneten Wolfdietrich Thürnagel (Piraten) und Frank Ramlow (SPD) aus der Bezirksversammlung die Demo.

Aus nach 30 Minuten
Thürnagel sagt, hier demonstrierten Leute, die alle selbst eine Wohnung hätten, gegen den Bau neuer Wohnungen. Ramlow verweist auf den Prozess der Bürgerbeteiligung bei diesem Projekt. Nach einer halben Stunde müssen alle